

bischof, und eine gnadenvolle Bereicherung für das Leben der Kirche in dem reichen Strömen der Liebe zwischen den Katholiken Amerikas und Deutschlands. Die Schiffe der Hilfe, die so viele unserer Volksgenossen vor dem Verhungern bewahrt haben, sind nicht von reichen Menschen gesandt, sondern von Menschen, die sich selbst vieles versagen mußten, um von ihrem Eigenen an Fremde schenken zu können, die sie durch den Glauben als Brüder in Christo erkannt haben. Gaben, die so geschenkt wurden, machen nicht bitter und machen nicht Bettler, sondern sie werden aus dankbarem Herzen beantwortet. Prälat Müller, der neuernannte Präsident des Deutschen Caritas-Verbandes, überreichte als Symbol christlicher Liebe eine Madonnenstatue mit einer Anspielung auf die Newyorker Freiheitsstatue. Der amerikanische Gast sprach Worte hoher Anerkennung für das Werk des Caritas-Verbandes. Die Bitte des Erzbischofs von Freiburg, die amerikanischen Katholiken möchten unsere Ostvertriebenen nicht vergessen, beantwortete er mit folgenden Worten: „Noch ungelöst ist das schreckliche Problem der Millionen schwerbetroffener deutscher Ostvertriebener. NCWC hält sich für verpflichtet, dem Caritas-Verband bei der Bewältigung dieser Aufgabe beizustehen. Herr Norris, unser Hauptvertreter für Europa, hat Pläne für dieses lebenswichtige Hilfswerk entworfen, und Fräulein Egan ist in Deutschland unterwegs, um die Not der Ostvertriebenen kennen zu lernen und mir so bald als möglich einen Bericht mit Vorschlägen für unsere Flüchtlingshilfe zu machen“.

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus Süd- und Westeuropa

Der Papst zum Kommunismus-Dekret

Papst Pius XII. empfing am 17. August den neuernannten Gesandten von Peru zur Übergabe seines Beglaubigungsschreibens. In seiner Rede zeigte sich der Heilige Vater von großem Vertrauen in die Zukunft der Kirche beseelt und rechtfertigte dieses Vertrauen besonders damit, daß nun die Fronten zwischen katholischem Glauben und kommunistischem Irrtum ganz klar abgegrenzt sind. Der Papst sagte:

„Sie kommen zu Uns als Vertreter eines Landes mit großen katholischen Überlieferungen. Sie kommen zu Uns in einem Augenblick, da andere Völker der Welt ein Beispiel, und zwar ein schlechtes Beispiel dafür bieten, was für ein Unglück es für ein Volk sein kann, wenn die religionsfeindlichen Grundsätze und Absichten gewisser moderner sozialer Strömungen sich der Gläubigkeit oder der Interessen gewisser Klassen bemächtigen, so zur Herrschaft gelangen und sich dann unverzüglich in beklagenswerten Exzessen ergehen. Sie kommen zu Uns gerade in dem Augenblick, da die mütterliche Stimme der Kirche es notwendig gefunden hat, das Lager Jesu Christi gegen das seiner Gegner abzugrenzen. Sie zeigt den katholischen Gewissen, die nach Wahrheit und Licht dürsten, genau, welches der offene, erleuchtete und gewisse Pfad zum Heil ist und welches die krummen und dunklen Wege sind, die zum Irrtum führen. Es hat wenige Zeiten gegeben, in denen die Kirche so ruhig gestimmt und gelassen war wie heute, da ihre mütterliche Stimme in der ganzen Welt Resonanz gefunden hat und ihre Kinder sich nun entscheiden müssen, welches Echo das Wort der Kirche in ihrem Verstand, ihrem Herzen und ihrem Gewissen finden soll.

Die Stimme der Kirche erging zwar als eine Mahnung. Aber deswegen hört sie nicht auf, von der Liebe getragen zu sein und von dem Wunsch, das Heil ihrer Kinder zu sichern.“

Die Erklärung des Hl. Stuhls zur Schließung der Diplomatischen Konferenz in Genf

Drei Monate lang haben in Genf die Vertretungen von 73 Nationen getagt, um die sog. Genfer Konventionen, die den Schutz der Verwundeten und Gefangenen und der Zivilbevölkerung im Krieg betreffen, zu revidieren. Wir haben in der Herder-Korrespondenz schon einmal (Jhg. 3, Heft 11, S. 488) über den Kampf um die Aufnahme des Namens Gottes in die Konventionen oder irgendeine andere Art der Begründung der dort behandelten Grundsätze durch den Bezug auf die göttliche Ordnung berichtet. Auf der letzten Vollsitzung am 11. August hat nun der Hl. Stuhl noch einmal eine grundsätzliche Erklärung zu dieser Frage abgegeben, deren Wortlaut wir den Mitteilungen des Centre Catholique International de Documentation et Statistique vom 24. August entnehmen.

Msrgr. Bertoli, der den Hl. Stuhl auf der Konferenz in Genf vertrat, hat folgende Erklärung verlesen:

„Wir nahen uns dem Ende der Arbeiten unserer Konferenz unter der vornehmen Leitung Bundesrat Petitpieres. Die Delegation des Hl. Stuhls legt Wert darauf, allen hier versammelten Vertretern Dank zu sagen für die Bemühungen, die sie in langen arbeitsreichen Monaten auf sich genommen haben, um unsere Konventionen auf die Füße zu stellen.

Man erlaube der Delegation des Hl. Stuhls, eine kurze Erklärung zu einem Gegenstand abzugeben, der uns alle angeht.

Bei der Diskussion der Konventionen in erster Lesung hatten die drei Kommissionen dem Gedanken zugestimmt, daß es nützlich und notwendig sei, den Konventionen eine feierliche Erklärung voraufzuschicken, deren Redaktion Arbeitskreisen anvertraut wurde. Die Annahme dieses Gedankens stieß nicht auf Widerspruch, wie die Sitzungsprotokolle beweisen.

Der Vorschlag der Delegation des Hl. Stuhls

Die Delegation des Hl. Stuhls hatte bei den drei Kommissionen einen Vorschlag eingebracht, der in der Folge in Dokument CDG/Civ. no. 356 folgendermaßen festgehalten worden ist:

„Die Delegation des Hl. Stuhls schlägt vor, daß im Text der Präambel die Gottheit als Quelle der die Freiheit und Würde der menschlichen Person schützenden Rechte genannt werden solle, Rechte, die geradezu die Basis der Konvention zum Schutz der Zivilbevölkerung in Kriegzeiten darstellen“.

Dieser Vorschlag hatte die Zustimmung zahlreicher Delegationen erhalten. Ubrigens haben wir immer die Notwendigkeit betont, eine Formulierung zu finden, gegen die kein vernünftiger Einwand ist.

Der Arbeitskreis der ersten Kommission hatte folgenden Text vorgeschlagen, einen Text, der auch vom Redaktionskomitee der zweiten Kommission angenommen wurde:

„Die Achtung vor der menschlichen Person und ihrer Würde verpflichtet auch abgesehen von jeder kontraktlichen Bindung. Die Religionen lehren deren göttlichen Ursprung, und die Völker erkennen dieses Prinzip als eine der Grundlagen aller Zivilisationen an“.

Dieser Satz, der eine unbestreitbare historische Tatsache ausspricht, hat den Vorzug, von niemandem eine Glaubensaussage über ein dogmatisches Prinzip zu verlangen, das eventuell nicht von allen Delegationen geteilt werden könnte.

Keine Präambel für die Konventionen

Dies wurde zuerst mit der großen Mehrheit von 25 gegen 7 Stimmen bei 9 Stimmenthaltungen in einer Vollsitzung der Ersten Kommission angenommen. Doch nach langen Debatten in der Dritten und dann auch in der Zweiten Kommission haben diese Kommissionen beschlossen, jede Präambel der Konventionen zu unterdrücken. Die gleiche Entscheidung wurde schließlich auch von der Ersten Kommission getroffen, obwohl dort ein Präambeltext vorher schon in zweiter Lesung angenommen worden war.

Die Gründe, die für die Unterdrückung jeder Präambel angeführt worden sind — einerseits die Verschiedenheit der Ideen, die keine Einstimmigkeit zustandekommen ließ, andererseits die verspätete Ansicht, es sei keine Präambel notwendig —, haben Mißverständnisse in den Debatten hervorgerufen, die sich schließlich in Fragen des Verfahrens erschöpft haben.

Die Delegation des Hl. Stuhls hält es für ihre Pflicht, dies hier festzustellen. Sie hat ebenfalls die Pflicht zu betonen, daß die Notwendigkeit der Einstimmigkeit, auf die man sich berufen hat, um die Präambel abzuschaffen, ein zweifelhaftes und gefährliches Prinzip ist, da es dem Veto-recht vorarbeitet.

Außerdem hatten die Erste und Zweite Kommission gerade in dem Bestreben, Einstimmigkeit zu erreichen, einen Text angenommen, gegen den — wie ich eben schon bemerkt habe — kein vernünftiger Einwand erhoben werden konnte.

Wenn keine Einstimmigkeit erzielt werden konnte, so liegt der Fehler sicher nicht bei uns. Die wenigen Delegationen, die sich widersetzt haben — ich will hier ihre Haltung nicht kritisieren —, hätten ihren Gesichtspunkt nicht dadurch verteidigen können, daß sie eine geschichtliche Wahrheit bestritten.

Die Gründe gegen die Berufung auf ein höchstes Prinzip

Während der Diskussionen haben sich einige Delegationen dem Text der Präambel widersetzt, weil sie ihrer Meinung nach Propaganda ist. Andere haben hinzugefügt, daß, wenn man den Bezug auf religiöse Prinzipien einführte, das Literatur ohne irgendwelche praktische Bedeutung wäre.

Was die erste Behauptung betrifft, so möchte ich noch einmal und aufs Nachdrücklichste erklären, daß weder die Delegation des Hl. Stuhls noch die anderen Delegationen, die — ohne Unterschied der Religionen — ihren Standpunkt mit Überzeugung gestützt haben, jemals daran gedacht haben, Propaganda zu treiben. Wir haben uns hier versammelt, um Konventionen aufzustellen, die ein ganz bestimmtes Ziel haben. Wir sind nicht hier, um Politik zu machen, und das liefe auch der Linie, die sich die Delegation des Hl. Stuhls auferlegt hat, völlig zuwider.

Es ist aber auch nicht nur Literatur, wenn man an Prinzipien erinnert, die — ob man will oder nicht — aller Zivilisation zugrundeliegen. Die Religion, die höheren Prinzipien, die — direkt oder indirekt — am Grund aller Beziehungen zwischen den Menschen zu finden sind, sind nicht einfach abstrakte Ideen, sondern stellen eine gewissere und wichtigere Wirklichkeit dar als irgendeine andere Wirklichkeit.

Es ist weder Propaganda noch Literatur, wenn man an die Prinzipien erinnert, die zwar von gewissen Leuten nicht angenommen werden können, die aber darum nicht aufhören, für die anderen eine wirkende Wirklichkeit zu sein. Im Gegenteil läßt man damit nur hunderten von Millionen Menschen Recht widerfahren, die an diese Prinzipien glauben und darnach ihr Leben richten.

Außerdem — und das ist sehr wichtig — ist es eine konstruktive Tat, einen Grundstein zu dem Bau zu legen, den zu errichten wir unter großen Schwierigkeiten versucht haben.

Das, meine Herren Delegierten, war der einzige Gesichtspunkt, unter dem die Delegation des Hl. Stuhls ihren Vorschlag gemacht hat.

Der Ernst der Entscheidung

Demgegenüber haben die Kommissionen der Konferenz eine radikale Entscheidung getroffen, indem sie vorzogen, lieber keine Präambel in den Konventionen zu haben, als die Frage von Grund aus zu diskutieren. Die Delegation des Hl. Stuhls ihrerseits hat davon Abstand genommen, die Frage in der Vollversammlung noch einmal zur Diskussion zu stellen.

Sie wünscht jedoch, am Ende der Arbeiten dieser mühevollen Konferenz noch einmal ihre Stimme zu erheben, um tief zu bedauern, daß aus unseren Konventionen die Erwähnung einer religiösen und sittlichen Tatsache von allererster Wichtigkeit ausgeschlossen worden ist. Das ist wahrlich ernst. Es ist der Delegation des Hl. Stuhls sehr schmerzlich, diese Feststellung zu treffen, aber sie hält es für ihre Pflicht, ganz klar zu sprechen, zumal — aus mir unbekanntem Gründen — die der Vollversammlung vorgelegten Protokolle der Kommissionen in dieser Hinsicht sehr zurückhaltend sind. Ubrigens kann man auch nicht durch Methoden des Verfahrens die Verantwortlichkeit für unsre Handlungen ersticken oder umgehen.

Die Delegation des Hl. Stuhls hat, indem sie diese Bemerkungen macht, die Gewißheit, der Sache unserer Konferenz einen Dienst zu erweisen und das Gefühl zahlreicher Delegationen — denen sie hiermit Dank sagt — auszudrücken, die ihren Gesichtspunkt teilen und ihn mit Überzeugung und Aufrichtigkeit gestützt haben.

Die Delegation des Hl. Stuhls bittet darum, daß diese Erklärung zu den Akten der Konferenz gelegt wird.

Man erlaube mir, diese Erklärung mit einem Wunsch zu beschließen, den, wie ich sicher glaube, alle teilen werden: Gott gebe, daß sich die Gelegenheit, diese Konventionen anzuwenden, niemals einstellt; jedenfalls haben wir mit Hingabe an dieser Sache gearbeitet, die über uns hinausgeht und die ein bleibendes Denkmal des guten Willens der Regierungen und der Völker des Jahres 1949 sein wird“.

Ein Dekret über die Ehe mit Kommunisten

Nachdem die Hl. Offizienkongregation durch ihr Dekret vom 1. Juli verkündet hat, daß Mitgliedern kommunistischer Parteien und Bekennern der materialistischen und antireligiösen Lehren des Kommunismus, deren Förderern und Mithelfern die Sakramente verweigert werden würden, hat die gleiche Kongregation am 11. August ein diese Bestimmungen ergänzendes Dekret veröffentlicht, das die Frage beantwortet, wie es sich bei von dem Kommunismus betroffenen Personen mit dem Sakrament

der Ehe verhalte. Die Erklärung hat (nach privater Übersetzung) folgenden Wortlaut:

Über die Eheschließung von Kommunisten

Es ist die Frage, ob der Ausschluß der Kommunisten vom Empfang der Sakramente in dem Dekret des Hl. Offiziums vom 1. Juli 1949 auch den Ausschluß von der feierlichen Eheschließung einbegreife, und wenn nicht, ob auf die Ehe von Kommunisten die Vorschriften der Canones 1060 bis 1061 Anwendung finden.

Dazu erklärt die Kongregation des Hl. Offiziums: In Anbetracht der besonderen Natur des Sakraments der Ehe, dessen Spender die Kontrahenten selber sind und bei dem der Priester nur als offizieller Zeuge fungiert, kann der Priester einer Eheschließung von Kommunisten beiwohnen nach der Regel der Canones 1065, 1066.

Bei Ehen von solchen jedoch, die unter Nr. 4 des besagten Dekrets fallen, sind die Vorschriften der Canones 1061, 1102, 1109 § 3 zu beachten.

Gegeben im Palast des Hl. Offiziums am 11. August 1949.

Kommentar

Der Osservatore Romano vom 16./17. August 1949 gibt dazu einen Kommentar, in dem zunächst festgestellt wird, daß die neue Erklärung keine neuen Maßnahmen enthält, sondern nur die Anwendung der früheren erläutert.

Die Ehe ist ein Sakrament, das aber gegenüber den übrigen Sakramenten, von denen die Kommunisten ausgeschlossen werden, gewisse Eigentümlichkeiten hat, deretwegen es auch sonst Menschen gespendet werden kann, die nicht zur katholischen Kirche gehören (Ehen mit Andersgläubigen und Ungläubigen unter bestimmten Voraussetzungen). Die Eheleute selber sind die eigentlichen Spender des Sakramentes aneinander; der Priester ist Zeuge und Vollzieher der heiligen Zeremonien, mit denen die Kirche die Eheschließung festlich begehrt und Gottes Segen auf den Ehebund herabfleht. Das neue Dekret legt klar, daß die Kirche die Kommunisten hier in die Kategorien einordnet, die bei Eheschließungen von Katholiken mit Nichtkatholiken zu beachten sind.

Es handelt sich hier um zwei mögliche Fälle. Im ersten Fall wünscht ein Katholik eine Person zu heiraten, die einer nichtkatholischen Sekte oder Religion angehört. Dann besteht zwischen den Verlobten ein besonderes Hindernis (gemischte Religion oder Kultverschiedenheit), von dem die Kirche nur Dispens erteilt, wenn gerechte Gründe vorliegen und hinreichende Garantie gegeben ist, daß die Partner eine wirklich christliche Familie gründen wollen. Die Eheschließung wird dann vor dem Priester als Zeugen geschlossen, jedoch ohne die heiligen Riten und Feierlichkeiten, die zu einer katholischen Trauung gehören; insbesondere ist die Feier der hl. Messe verboten. Die Ehe muß außerhalb der Kirche (in der Sakristei oder im Pfarrhaus) geschlossen werden.

Im zweiten Fall wünscht ein Katholik, die Ehe zu schließen mit jemandem, der zwar keiner nichtkatholischen Religion oder Sekte angehört, aber vom Glauben abgefallen oder einer von der Kirche verurteilten Gesellschaft beigetreten ist oder sich eine kirchliche Zensur zugezogen hat. Hier ist keine besondere Dispens erforderlich, und es werden gewöhnlich auch keine besonderen Versprechen wegen der Taufe und katholischen Erziehung der Kinder verlangt. Jedoch soll die Ehe nicht gestattet werden, wenn man nicht mit moralischer Gewißheit voraussieht, daß die Kinder getauft und katholisch erzogen werden. Wird die Ehe erlaubt, so findet sie in der üblichen Art katholischer

Trauungen statt, ohne die Beschränkung des ersten Falles.

Wie verhält es sich nun bei den Kommunisten?

Das Dekret vom 1. Juli teilt die Kommunisten klar in zwei Kategorien ein: der ersten gehören die an, die die materialistischen und antichristlichen Lehren offen bekennen, verteidigen und verbreiten, der zweiten die einfachen Mitläufer. Für die Ersteren fordert die Kirche, wenn sie eine Ehe mit einem Katholiken eingehen wollen, alle die Garantien und verlangt alle jene Einschränkungen, die unter Fall 1 aufgezählt worden sind; bei den Mitläufern begnügt sie sich mit den Vorsichtsmaßnahmen des Falls 2. Unter den heutigen Verhältnissen wird es oft genug vorkommen, daß beide Ehepartner der zweiten Kategorie angehören. Auch dann ist die kirchliche Trauung möglich, vorausgesetzt, daß die Garantie der Taufe und christlichen Erziehung der Nachkommenschaft gegeben ist. Diese wird in einem solchen Fall allerdings schwer zu erhalten sein.

Emmanuel Mounier und das Kommunismus-Dekret Seit langem verfolgt die Herder-Korrespondenz mit besonderer Aufmerksamkeit die Bemühungen der französischen Zeitschrift „Esprit“ mit ihrem Herausgeber Emmanuel Mounier um die Erkenntnis des wirklichen Zustandes unserer Welt und der Stellung und Verantwortung des Christen in ihr, eine Erkenntnis, die Voraussetzung des Handelns ist und zur Überwindung der bestehenden Ungerechtigkeit, zur Schaffung einer neuen Gerechtigkeit beitragen soll. Als es gegen Ende des Jahres 1947 in Frankreich deutlich wurde, daß die Verschmelzung der vielfältigen Gruppen der Nation aus der Widerstandszeit über diese hinaus nicht standgehalten hatte, daß sich die alten Machtballungen wieder bildeten und die alten Fronten sich wieder herstellten, daß die erhoffte „Dritte Macht“ in der Mitte keine Macht, sondern nur ein durch gemeinsame Negationen zusammengehaltenes Agglomerat war, wählte die Gruppe „Esprit“, die zu den wichtigsten Vorkämpfern dieser umsonst erhofften Macht der Mitte gehört hatte, eindeutig das Bündnis mit den Kräften der Linken, um der sozialen Neuordnung zu dienen. Sie ist nicht blind gewesen gegenüber den Gefahren des Kommunismus — obwohl diese im französischen Kommunismus lange gemildert und verdeckt waren durch den nationalen Affekt —; aber sie hielt die Gefahren der Linken für geringer, ja für unendlich geringer als die der Rechten, und zumal Emmanuel Mounier sagte ausdrücklich, daß er auch als Christ diese Entscheidung treffe, da der Christ auf Seiten der Unterdrückten stehen müsse. „Esprit“ ist keine rein christliche Gruppe; es gehören ihr auch Mitarbeiter an, die nicht auf dem Grund des christlichen Glaubens stehen. Auch der seit Beginn dieses Jahres mitverantwortliche jüngere Mitherausgeber Jean-Marie Domenach ist der nichtchristlichen Mitarbeiterschaft zuzuzählen. Die Freundschaft dieser verschieden Gesinnten beruht auf dem absoluten Ernst, mit dem jeder Wahrheit und Gerechtigkeit sucht. Für eine solche Gemeinschaft und für die in der Zeitschrift „Esprit“ zum Ausdruck gelangende geistige Position ist das Kommunismus-Dekret natürlich ein sehr ernster Appell.

Emmanuel Mounier selber hat auf diesen im Augustheft der Zeitschrift mit der erwarteten Klarheit und Verantwortung geantwortet. Nach dem bloßen Buchstaben wäre es vielleicht einfach für die katholischen Mitarbeiter des „Esprit“ gewesen zu sagen: „Das betrifft mich nicht“.

Diese Haltung nennt Mounier aber die unwürdigste und jedenfalls auch die falscheste von allen. „Ein Katholik, der sich bei irgendeiner Entscheidung oder Prüfung seiner Kirche als nicht mitbetroffen betrachten wollte, wäre schon kein Katholik mehr, er würde schon nicht mehr in jeder Faser jene Verbundenheit fühlen, die inniger ist als das soziale Band und die den Schlag seines Herzens mit dem Herzen des Ganzen verklammert“.

Tatsächlich gehörte keiner der Katholiken von „Esprit“ der kommunistischen Partei an. „Aber seien wir doch ehrlich. Wir haben uns in der Politik immer dem politischen Antikommunismus, der das Pharisäertum bestärkt und Bürgerkrieg und internationalen Krieg heraufbeschwört, entgegengesetzt und werden das immer tun. Wir haben gesagt und sagen immer noch, daß der Kommunismus neben dem, was wir in ihm ablehnen, zahlreiche politische, wirtschaftliche, soziale und menschliche Wahrheiten enthält und daß es unsere Pflicht als Christen ebenso wie als Politiker ist, Wahrheit anzuerkennen, wo immer sie sich findet. Wir haben uns nie geweigert und werden uns nie weigern zu sagen, daß das Weiße weiß ist, selbst wenn unter gegebenen Umständen einmal die Kommunisten die einzigen sein sollten, die es sagen“.

Dazu kommt die Verpflichtung, die „Esprit“ als Organ geistiger Führung für sich beanspruchen kann, den Kommunismus auch wirklich zu kennen und zu verstehen: das erscheint als eine grundlegende christliche Forderung der Wahrhaftigkeit und der Liebe.

Der Gehorsam des Katholiken gegenüber der Kirche

Doch nun liegt das Dekret vor, und Mounier betont gegenüber allen Freidenkern, die glauben, einen freien Mann gehe die Diktatur der Kirche ebensowenig etwas an wie die der kommunistischen Doktrin, daß es ganz selbstverständlich ist, daß eine Gesellschaft wie die Kirche darüber wachen muß, daß ihre Mitglieder nicht anarchisch auseinanderfallen, und vor allem darüber, daß ihre vorgeschobenen Stoßtrupps, mit denen sie die ganze Menschheit gewinnen will, ihre Botschaft nicht entstellen. Und „Esprit“ gehört zu diesen Vortrupps. Der Kommunismus ist eines der Gelände, das er erkundet, und das Dekret ruft ihn zu besonderer Achtsamkeit bei dieser Erkundung auf.

„Brauchten wir das?“, fragt Mounier. „Wir hassen Unklarheit. Wir haben sie immer nach außen bekämpft und im Innern bereinigt und ausgestoßen. Doch es wäre sehr erstaunlich, wenn wir ihr auf einem so schwierigen Boden niemals nahegekommen wären... Nun, von jetzt an darf es keine Unklarheit mehr geben: das ist die schöpferische Kraft, die wir aus der Entscheidung Roms ziehen müssen. Wenn wir daraus eine größere Schärfe der Analyse gewannen und noch mehr Aufmerksamkeit darauf verwendeten, alle Kurzschlüsse zu meiden, so würden, glaube ich, auch unsere nichtkatholischen Freunde sich darüber nicht zu beklagen haben.“

Sehr schön erklärt dann Mounier seinen nichtkatholischen Freunden, was es für den Katholiken bedeute, in einer solchen Sache sich der Entscheidung seiner Kirche zu unterwerfen. Wir kennen ja alle das Unverständnis, mit dem uns wohl gesagt wird: Wie kann ein freier Mensch sich blindlings Entscheidungen unterwerfen, die die Vernunft und das persönliche Gewissen angehen?

In einer solchen Frage wird, so sagt Mounier, der ganze Unterschied zwischen der gläubigen und der ungläubigen Haltung deutlich. „Für den Christen gibt es nichts, was

nicht in irgendeiner Weise von Instanzen abhinge, die über Vernunft und persönliches Gewissen hinausgingen. Aber... diese Weise kann zwar die eingeschlafene oder irregeleitete Vernunft und persönliche Verantwortung überraschen oder selbst brüskieren, aber sie kann *niemals* im Widerspruch zu deren tiefsten Anforderungen stehen. Nichts ist grundlegend falscher, als sich ein Dekret wie das des Hl. Offiziums nach katholischer Lehre wie einen Ukas vorzustellen, der einen passiven Gehorsam verlangte oder, noch schlimmer, eine Art unaufrichtigen Nebeneinanders von innerer Überzeugung und äußerer Unterwerfung. Eine Disziplinarmaßnahme der Kirche kann immer nur ein Anruf an das Gewissen des Gläubigen sein. Begnügt er sich damit, innere Überzeugung und äußeres Bekenntnis nebeneinanderzustellen, so lebt er in der Lüge und stellt sich außerhalb des Glaubens. Er ist vielmehr aufgefordert, seine Überzeugung zu überprüfen, wenn sie dem verkündeten Bekenntnis widerspricht, oder seine Haltung zu analysieren, wenn sie zaudernd oder verwirrt ist, bis er vor seinem eigenen Gewissen das Bekenntnis in Überzeugung verwandelt oder die Wahl getroffen hat, seine Kirche zu verlassen. Kein Mittelweg ist ihm gelassen. Man kann sich keinen Gott vorstellen, der Blindheit oder Lüge liebte. Darum betont die Kirche, daß es wahre Unterwerfung nur vor dem eigenen Gewissen gibt“.

Aufruf der schöpferischen Kräfte

Das ist das eine, was das Dekret bewirkt: eine Klärung vor der Instanz des Gewissens. Darüber hinaus aber fordert es zu einem noch positiveren Verhalten auf: zur Aktivierung aller schöpferischen Kräfte. „Eine Definition, die Richtlinien einer Enzyklika, eine Disziplinarentscheidung sind ebensoviele Anrufe an die Erfindungsgabe“. Das Dekret wird schließlich das bedeuten, was wir aus ihm machen: es kann der Anlaß werden, daß wir nun wirklich eine ganz neue Lösung unserer sozialen Probleme finden, weil wir wissen, daß wir gewisse Versuche, die uns möglich erschienen, auf keinen Fall weiterverfolgen dürfen. Mounier geht dann auf die politische Auswirkung des Dekrets ein und unterstreicht auch seinerseits, wie es schon andere in Frankreich getan haben (vgl. Herder-Korrespondenz Jhg. 3, H. 12, S. 566 ff, 571 f), daß niemand glauben möge, die Kirche stelle sich, weil sie den Kommunismus verurteilt, dadurch an die Seite des ebenso gottlosen Kapitalismus. Die Kirche steht an der Seite der Armen. Aber der einfache Mann kann nicht verstehen, warum die Kirche ihn exkommuniziert (so meint er), aber nicht den Fabrikanten von Atombomben... er kann das nicht verstehen, wenn er nichts weiter vor sich hat als die Punkte eines Dekrets oder die Erklärungen einer Sozialen Woche: er wird es jedoch verstehen, wenn wir viel deutlicher und kühner Zeugnis für diese Wahrheit ablegen. Dieses Zeugnis wird darin bestehen, daß wir Christen die sozialistischen Strömungen von ihrer götzendienerischen Staatsvergottung lösen, daß wir den Sozialismus von seinem ungeheuren Verknechtungspotential erlösen und uns zugleich selber von der Ungerechtigkeit der bestehenden Unordnung befreien, so daß dann die sozialistische Gesellschaft der Zukunft und die Kirche in Frieden miteinander die Ordnung der Menschheit gewährleisten können.

Sinkende Sterblichkeitsziffern Man hat im allgemeinen die Vorstellung, daß die Sterblichkeit in Zeiten so schwerer physischer und psychischer Belastung wie der gegenwärtigen erheblich größer sein müsse als in früheren

„normalen“ Zeiten. Statistische Feststellungen beweisen, daß das nicht der Fall ist. Die Weltgesundheitsorganisation gibt monatlich statistische Berichte heraus, aus denen hervorgeht, daß die Sterblichkeitsziffern in Europa im Gegenteil weiter zurückgehen. Zwar liegen von Deutschland und von Osteuropa keine Statistiken vor. Aber unter den angeführten Ländern sind einige, die durch Krieg und Nachkrieg ebenfalls schwer gelitten haben, wie z. B. Frankreich, Italien, Holland. Die Ruhrzeitung, die eine Übersicht über die statistischen Berichte für die europäischen Länder am 10. 9. veröffentlicht hat, gibt an, daß man für Deutschland ebenfalls einen weiteren Rückgang der Mortalität annehmen könne.

In den ersten Dezennien des 20. Jahrhunderts hatte keines der hier untersuchten Länder eine Sterblichkeitsziffer unter 15 pro Tausend. Seit 1947 hat von den gleichen Ländern keines eine Sterblichkeitsziffer über 15. Am tiefsten ist die Sterblichkeitsziffer in Holland, Norwegen und Dänemark mit 8,1, 9,3 und 9,7, am höchsten in Irland mit 14,9. In erstaunlicher Weise haben die lateinischen Länder (Italien, Frankreich, Spanien, Portugal) ihren früher erheblichen Rückstand aufgeholt. In den Kriegsjahren stiegen die Ziffern natürlich bedeutend; sie waren in Frankreich 1944 19,1, in Holland 1945 15,3. Holland hatte aber schon 1946 nur noch 8,5, Frankreich 1946 13,4.

Im ganzen bedeutet diese Tendenz zum Rückgang der Sterblichkeit natürlich einen viel größeren Anteil alter Personen an der Gesamtbevölkerung als früher. Da aber die Verlängerung und Erhaltung des Lebens begrenzt ist, ist nicht anzunehmen, daß die Sterblichkeitsziffern in den heute am weitesten vorausliegenden Ländern noch weiter zurückgehen können. Der Prozentsatz alter Personen (über 60 Jahre) scheint damit auch begrenzt. In England, Schottland, der Schweiz, Schweden, Frankreich, Belgien und Irland bilden die alten Leute heute bereits mehr als 15% der Gesamtbevölkerung.

Vorarlberger Katholikentag beschließt Familienhilfe

Aus Anlaß des tausendsten Jahrestages der Geburt des hl. Gebhard, der als Patron des Bodenseegebietes verehrt wird, veranstalteten die Vorarlberger Katholiken am 27. und 28. August in Bregenz einen Katholikentag. Er war ein erfreuliches Zeichen der Wiederbegegnung zwischen den Glaubensbrüdern der drei Bodenseeländer. Die zahlreichen deutschen Besucher wurden mit altösterreichischer Herzlichkeit aufgenommen.

Mit der Feier war eine Arbeitstagung verbunden, die sich die Aufgabe gestellt hatte, dem Verfall des Familienlebens zu begegnen. Die kulturellen Arbeitskreise gingen aus von der Tatsache, daß die Familie heute nur mehr eine Versorgungsgemeinschaft ist. Es gilt, das Gefühl für die Werte des Familienlebens wieder zu beleben. Zu diesem Zweck wurde beschlossen, über das ganze Land hin Familientage zu veranstalten, die besonders den jüngeren Eheleuten eine Schule des christlich-österreichischen Familienideals vermitteln sollen. Zahlreiche Anwesende stellten sich sofort zur Verfügung. Besonderer Nachdruck soll bei diesen Tagen auf die Vermittlung erzieherischen Wissens an die jungen Eltern gelegt werden, denn man hat auch in Österreich erkannt, daß die erzieherischen Fähigkeiten und der erzieherische Wille der modernen Eltern dauernd abnehmen. „Die heutigen Kinder tun doch, was sie wollen“. Außerdem wurde die Herausgabe eines praktischen Handbuchs für kulturelle Wohnungsgestaltung

und eine entsprechende Wanderausstellung beschlossen. Eine andere Gruppe von Arbeitskreisen behandelte die materiellen Probleme des christlichen Heims. Die anwesenden Unternehmer entschlossen sich zur Bildung betrieblicher Wohnungsfonds, die mit einem festen Anteil am Betriebsgewinn ausgestattet werden sollen. Aus ihren Mitteln können jährlich eine Anzahl von Betriebsangehörigen unverzinsliche Darlehen zum Bau von Eigenheimen erhalten. 3 Millionen Schilling in verschiedenen Betrieben sind schon jetzt gesichert.

Für den öffentlichen Wohnungsbau legte Architekt Dr. Ing. Längle ein Projekt vor, das als „Sensation des Tages“ bezeichnet wurde.

Der Längleplan sieht die Bildung eines Wohnbaufonds aus Mitteln des Landes Vorarlberg, der Gemeinden und öffentlicher Körperschaften vor, der es gestatten würde, jährlich auf der Grundlage zinsfreier Baudarlehen 300 Eigenheime zu erstellen. Dazu ist eine Gesamtsumme von jährlich 9 Millionen Schilling notwendig. Durch die Amortisation der ausgeworfenen Baudarlehen könnte sich jedes Jahr der Zuschuß der öffentlichen Stellen verringern, so daß nach 20 Jahren der Fonds in voller Höhe durch die Rückzahlungen allein bestehen würde. Der Katholikentag beschloß eine Resolution an die Vorarlberger Landesregierung, unverzüglich den Längle-Plan zu studieren und möglichst noch in diesem Jahr einen Durchführungsbeschluß zu fassen.

Die Kirche in Vorarlberg konnte mit Stolz darauf hinweisen, daß sie ihre Möglichkeiten, durch Landabgabe zur Beseitigung der Heimnot beizutragen, bis zur Erschöpfung ausgenutzt hat.

Die Feierlichkeiten des Katholikentages

waren von süddeutscher Glaubensinnigkeit inspiriert. Bischof Dr. Rusch stellte 10 000 Jugendlichen „das Soldatentum des Geistes“ als Ideal hin. Der Bischof von St. Gallen sprach in seiner Predigt von der notwendigen Korrektur der Güterverteilung. Bei der Festversammlung am Nachmittag bekannte sich der österreichische Bundesminister Dr. Kolb zu einer Verpflichtung gegenüber den aus dem Osten vertriebenen Stammesgenossen. Die deutschen Katholiken wurden durch Erzbischof Dr. Rauch als bischöflichen Repräsentanten und Dr. Herder-Dorneich als Beauftragten des Zentralkomitees der deutschen Katholikentage vertreten. Der Freiburger Erzbischof predigte über die völkerverbindende Kraft des Heiligen, während der Vertreter der deutschen Katholikentage an die gemeinsame Sprache, Geschichte und Gläubigkeit beiderseits der Grenze erinnerte und dafür ein aufrichtiges Echo fand. Der Diözesanbischof formulierte als Ergebnis des Katholikentages vier Fragen, die es in nächster Zukunft zu bedenken und zu lösen gilt:

„1. Haben sich die Unternehmer im 19. Jahrhundert nicht zuviel gefragt, wie das Wirtschaftliche gemehrt werden kann, und zu wenig gefragt, was mit dem Menschen in ihrem Betrieb geschieht? Amerikanische Unternehmer haben jetzt erkannt, daß die soziale Frage nicht nur eine Frage des Lohnes, sondern auch der Menschenwürde ist.
2. Erhält der Arbeiter den hinreichenden Anteil am Ertrag des Unternehmens? Mich besuchte kürzlich ein Innsbrucker Unternehmer, der an der Spitze eines Betriebes von 300 Arbeitern steht. Er legte einen Plan vor, eine zusätzliche Erfolgszulage von $\frac{1}{4}$ bis $1\frac{1}{2}$ Monatslöhnen auszuschütten. Damit fängt man an, dem zu entsprechen, was der Hl. Vater und seine Vorgänger seit 55 Jahren verkündet haben.“

3. War unsere Schule nicht zu stark bloße Lernschule, anstatt daß sie gesinnungsbildende Schule gewesen wäre? Geht es nicht darum, daß wir eine gesinnungsbildende Schule schaffen, eine Schule, in der das Gewissen des Kindes erweckt, gebildet und zur Reife gebracht wird?

4. Müßte man nicht an Stelle des Beamtenstaates einen Volksstaat schaffen, wo aus dem lebendigen Empfinden des Volkes und dem sittlich gebundenen Gewissen dem Staat die letzte Reife gegeben würde?

Ich stelle diese Frage an die berufenen Männer. Sie mögen sie als mündige Laien beantworten. Der Weg vom Wort zur Tat ist weit, ich glaube aber, wer heute früh diese herzerhebenden Gottesdienste gesehen hat, der erkannte, daß der Pulsschlag des Gewissens wieder lauter spricht und die Stunde zu einer neuen rettenden Tat geschlagen hat“.

**Internationales
Treffen katholischer
Altakademikerinnen
in Imstenrade**

Unter dem Patronat der Pax Romana M.I.I.C. fand sich vom 1. bis 11. August 1949 in Imstenrade bei Heerlen in Süd-

holland ein internationaler Kreis katholischer Alt-Akademikerinnen zusammen. Es galt, einen Gedanken aus dem großen Programm zu verwirklichen, das ein besonderes Anliegen unserer Zeit ist: die Begegnung der Völker vorzubereiten in der persönlichen Begegnung ihrer Vertreter. Daß diese über alle nationalen, beruflichen und sozialen Verschiedenheiten und die Ereignisse des letzten Jahrzehnts hinweg nur innerhalb der Ekklesia möglich ist, daß also der rein menschliche „gute Wille“ zur echten Verständigung nicht ausreicht, wurde ganz besonders den deutschen Teilnehmerinnen deutlich. Nur von ihr wird das gemeinsame Weltbild gespeist, nur in ihren Mysterien erneuert sich die allumfassende Kraft der tätigen Liebe, die sich über die Tage des Zusammenseins hinaus in großen und kleinen Proben bewährt.

Trotz der letzten und tiefsten Gemeinsamkeit des Glaubens in Liturgie und Sakrament grenzten sich bei diesem Zusammensein auch die verschiedenen Formen der Frömmigkeit der einzelnen Völker deutlich gegeneinander ab. Die Teilnehmerinnen aus dem gastlichen Holland, aus Belgien, Frankreich, Italien, der Schweiz, Österreich und Deutschland, ja selbst aus Argentinien nicht nur zu einem Gespräch zu führen, sondern zu einer wahren Einheit des Gebetes zusammenwachsen zu lassen, war das innere Anliegen der Tagung. Sie übernahm es von dem ersten internationalen Treffen katholischer Akademikerinnen im Vorjahre in Marientann und wird es, um die Erfahrungen in Holland bereichert, weitergeben an die nächste der alljährlich geplanten Zusammenkünfte. Der Anteil von gemeinsamem und betrachtendem Gebet, Schriftlesungen, Vorträgen, offiziellen Besichtigungen und Empfängen wird dabei jeweils von der Mentalität des Gastlandes mitbestimmt werden. Verschiedene Wege wurden zur Gewinnung des rechten Maßes zwischen Verschiedenheit und Einheit vorgeschlagen; wie sehr diese von der kirchlichen Lage in den betreffenden Ländern mitbestimmt waren, machten die kurzen Berichte über die Intensität des religiösen Lebens in den einzelnen Staaten verständlich.

Das allgemeine Thema der Tagung lautete: Unsere Persönlichkeit in der heutigen Zeit. Ihrer philosophischen Deutung galten die Vorträge von Professor Dr. Peters CSSR, Nimwegen, über die Freiheit der Kinder Gottes, die in der Anerkennung Seines Mysteriums besteht, und

über Gabriel Marcel. Dessen Fragestellung erhellt nicht nur die Stellung unserer eigenen Existenz, sondern durch den Bezug zur (wiedergewonnenen) Metaphysik — als das Wesen des Seins erkennt Marcel das Gebet — unser Hingeordnetsein auf das Du. Die Wirklichkeit des menschlichen Seins besteht in dieser Treue zu seiner Bestimmung, zu dem Nächsten.

Gerade in der mehr praktischen Grundlegung dieses „christlichen Existenzialismus“ in den folgenden Konferenzen wurde immer wieder die Beziehung des Ich zu seiner konkreten Umwelt gedeutet. Vorzüglich verstand es dabei Frau Inge Klimmer, in einem Referat über „Christlichen Humanismus heute“ die persönliche Haltung des Christen unserer Generation, die als Gesamtheit in den letzten Jahren den Abgrund des Menschlichen schaute und deren Glaube dennoch dieser Erfahrung standhielt, als eine unbürgerliche zu charakterisieren. In einer Zeit, wo das mittelalterliche Wort „Die Gnade setzt die Natur voraus“ durch den Satz „Die Gnade heilt die Natur“ ersetzt werden mußte, ist eine Verständigung mit den Massen, den Proletariern, nur möglich aus der ungesicherten und armen Welterfahrung des Christen. Denn nicht einen kultivierten Kreis von Auserwählten, also ein katholisches Ghetto zu bilden, ist uns aufgetragen, sondern die Heimholung der sündigen Welt in die Nachfolge Christi.

Aber weil heute das Gefüge des Menschlichen so tief aufgelockert ist, steht es nicht nur dem Einbruch Gottes offen, sondern zugleich schutzlos vor dem „Eindringen der totalen Arbeitswelt“. Die Forderung der christlichen Selbstverwirklichung demgegenüber stellte das Referat der Hamburger Psychologin Gunda von Savigny klar heraus. Ihr Vortrag machte deutlich, daß das Schwere nicht immer wegen der aufgewandten Anstrengung das sittlich Bessere sein müsse, sondern daß nach der Lehre des heiligen Thomas und der Kirche die höchste Verwirklichung des sittlich Guten mühelos und aus Lust geschieht, da sie eine Wirkung der Liebe ist. Damit leuchtete inmitten der täglichen Anspannung und rastlosen Geschäftigkeit, in die jeder einzelne zu versinken droht, die Visio Beatifica als das letzte und höchste Ziel aller irdischen Mühen auf.

Tiefen Eindruck machte den Teilnehmerinnen der Tagung das Leben und Wesen ihrer Gastgeberinnen, der „Society for medical missionaries“, einer modernen Ordenskongregation für ärztliche Hilfe in den Missionsländern (die Schwestern sind Ärztinnen, Apothekerinnen, Krankenpflegerinnen usw.), die ihren Mitgliedern offenbar die notwendige innere und äußere Freiheit sichert, dem Nächsten in wahrhafter Caritas zu dienen und doch zugleich in echter Lebens- und Gebetsgemeinschaft zusammengeschlossen zu sein, so daß sie auch unter den schwierigsten Umständen (z. B. in Indonesien) eine bestimmte Prägung ihrer menschlichen und religiösen Haltung neben ihrer ärztlichen Hilfeleistung zu wahren vermögen.

Aus Ost- und Südosteuropa

**Ein Schreiben
Papst Pius XII.
an die
polnischen Bischöfe**

Papst Pius XII. richtete am 1. September aus Anlaß des zehnten Jahrestages der Kriegserklärung an den polnischen Episkopat ein Schreiben, das bestimmt ist, den polnischen Katholiken in der Stunde der gegenwärtigen Bedrängnis die väterliche Teilnahme des Oberhauptes der Kirche kundzutun. Gegenüber den andauernden Verdächtigungen, denen der Papst in Polen

ausgesetzt wird, er sei einseitig deutschfreundlich und stehe im Dienst des amerikanischen Imperialismus, hebt er hervor, was er in den Jahren des Krieges zur Wiederherstellung des Friedens im allgemeinen und für Polen im besonderen getan hat. Der Brief enthält eine Zusammenstellung und Charakterisierung der wichtigsten diplomatischen Aktionen des Vatikans und ist dadurch ein geschichtliches Dokument.

„Die Anfänge Unseres Pontifikates fielen, wie Euch bekannt ist, in Zeiten, da der Friede Europas und der Welt aufs äußerste bedroht war. Wir waren Uns bewußt, was an Uns lag und Unseres Amtes war, was die Aufgabe des Stellvertreters Christi auf Erden sein mußte, und setzten das Werk fort, das Unser Vorgänger seligen Angedenkens begonnen hatte. Ohne Verzug ergriffen Wir Maßnahmen, den verheerenden und unübersehbaren Krieg fernzuhalten. In Unserem ersten Apostolischen Hirtenschreiben riefen Wir alle Völker auf, Frieden zu halten. Auch in der Folge schwiegen Wir nicht, sondern regten die Herzen der Menschen, je mehr die Zeit es erforderte, um so inständiger und dringender zu Eintracht, Gerechtigkeit und Liebe an und bestürmten Gott in diesem großen Anliegen mit Gebet. Damit nicht genug: Wir entfalteten durch Unsere Vertreter bei den Mächten eine wachsame und intensive Tätigkeit zur Erhaltung des Friedens. Anfang Mai 1939, als der Friede aufs äußerste bedroht war, unternahmen Wir bei den Staatsoberhäuptern der Großmächte die Schritte, die in Unserer Macht lagen, um das drohende Unheil abzuwenden. Aber leider spitzte sich die Lage zu und wurde gegen Ende August des Jahres so ernst, daß der Ausbruch der Feindseligkeiten unmittelbar bevorstand. In diesem Augenblick richteten Wir an alle Völker und besonders an diejenigen, bei denen die schwere Entscheidung über Krieg und Frieden lag, am 24. August die folgende Radiobotschaft: „Die Gefahr ist bedrohlich — sagten Wir —, aber noch ist es Zeit zum Einlenken. Durch einen Frieden geht nichts verloren, durch einen Krieg kann alles verloren gehen“. (Act. Apost. Sed. Bd. 31 S. 333—335). Am 31. August, als der Krieg im Begriff stand auszubrechen, übergab Unser Kardinalstaatssekretär in Unserm Auftrag verschiedenen Vertretern beim Heiligen Stuhl, nämlich dem deutschen, polnischen, britischen, französischen und italienischen, eine letzte und dringendste Anregung. Kurz zuvor hatten Wir durch die Apostolischen Nuntien in Warschau und Berlin nach Maßgabe Unserer Möglichkeiten alles versucht, die Staaten im letzten Augenblick zu einem friedlichen Abkommen zu bewegen“.

Der Papst sagt dann, daß alles vergeblich war und daß Polen vom Westen und Osten überrannt wurde. Er habe schon am 30. September seiner tiefen Trauer darüber Ausdruck gegeben und er wiederholt auch jetzt seine Klage über die Millionen Toter und alle anderen Schäden, die Polen durch den Krieg und die „höchst ungerechten Gesetze“ seiner Okkupanten erlitten hat. Der Brief zählt dann im einzelnen auf, was der Papst während des Krieges zur Erleichterung des Schicksals der polnischen Bevölkerung unternommen hat. Auch der polnische Klerus habe bis zum Opfertode seine Pflicht gegen Gott und das Vaterland erfüllt. Ihm vor allem sei es zu danken, daß Polen seinen Glauben und seinen geschichtlichen Ruhm bewahrt habe.

Dann wendet der Heilige Vater sich der Gegenwart zu: „Obgleich der Krieg seit vier Jahren beendet ist, konnte die katholische Kirche in Polen nicht die Freiheiten erringen, auf deren Genuß sie immer und überall ein geheilig-

tes Recht hat und die ihr umso mehr da zuerkannt werden müssen, wo die Sache des Gemeinwohls durch harte Konflikte kompliziert ist und durch grausame Schläge gelitten hat... Die katholischen Vereinigungen sind fast ganz vernichtet, die religiöse Unterweisung in den Schulen ist gehemmt, die Errichtung neuer geistlich geleiteter Institute verhindert, der katholische Glaube durch falsche Beschuldigungen angegriffen. Wir selbst wie die Bischöfe und Priester werden geschmäht, katholische Schriften durch eine ungerechte Zensur mehr und mehr unterdrückt, den Gefängnisinsassen und Kranken wird der geistliche Beistand vorenthalten, der Briefverkehr und die Abwicklung der Geschäfte zwischen dem Apostolischen Stuhl und den Bischöfen und Gläubigen unterbunden und die äußere Kundgebung des katholischen Lebens täglich mehr erschwert“.

Der Papst erinnert demgegenüber das polnische Volk an die glorreiche und tränenreiche Geschichte seines Glaubens. „Nur eines hat Polen niemals erlebt, den Abfall von Jesus Christus und seiner Kirche. Das ist Euer Ruhm, das ist das Merkmal Eures Adels: entschlossen zu handeln, tapfer zu leiden, unbesiegbar zu hoffen und Großes zu erreichen“.

Christliche Jugend unter dem Sowjet-Regime

In der Zeitschrift der russischen christlichen Studentenbewegung erscheinen erstmalig Angaben über die Arbeit der christlichen Jugendorganisationen unter dem Sowjet-Regime. Der Verfasser will die Fragen derjenigen beantworten, „die das Vorhandensein nicht nur einzelner Gläubiger, sondern auch religiöser Organisationen in der UdSSR bezweifeln“.

Nachdem die Bewegung der christlichen Studentenschaft in den Jahren 1917—20 durch Revolution und Bürgerkrieg völlig zum Erliegen gekommen war, lebte sie im Zusammenhang mit der Erneuerung des akademischen Lebens in den Jahren 1921—23 wieder auf. Zu dieser Zeit konzentrierte die Regierung ihre antireligiösen Angriffe gegen das Oberhaupt der Orthodoxen Kirche, den Patriarchen Tychon, und verhielt sich außerkirchlichen religiösen Organisationen gegenüber noch verhältnismäßig duldsam. Die studentischen Gruppen wurden zusammen mit Tolstojanern, Sektierern und theosophischen Gesellschaften registriert. Das oberste Zentrum der Bewegung stand mit allen Gruppen in Verbindung, regionale Zusammenkünfte fanden ungehindert statt, und in den Gruppen studierte man das Evangelium und erwies sich gegenseitig materielle und geistliche Hilfe.

Das Zentralkomitee der Bewegung sah aber die kommenden Verfolgungen voraus und schuf bereits die Grundlagen für die illegale Arbeit: Literatur wurde an zuverlässiger Stelle verborgen, die Korrespondenz wurde über dritte Personen und unter Anwendung von Tarnnamen in geheime Kanäle geleitet. Mit den Jahren 1923/24 mußte die — an sich noch legale — Bewegung angesichts der ständigen Überwachung und Zersetzung mit Agenten der GPU in den Untergrund gehen, und bald setzten Hausuntersuchungen, Verhaftungen und Verbannungen ein. Die vorsorglich ergriffenen Maßnahmen verbargen vor dem wachsamen Auge der GPU wenigstens einen Teil der Mitglieder der Bewegung, so daß die Arbeit fortgesetzt werden konnte.

Gegenüber den die Jugend immer stärker beeinflussenden kommunistischen Doktrinen und zur Anpassung an die

neuen Verhältnisse mußten neue Methoden angewandt werden. Das Zentralkomitee bildete eine Kommission für methodische Fragen und arbeitete neue Anweisungen für die Leiter der Jugendarbeit aus. Man kann sich nur schwer eine Vorstellung von den Schwierigkeiten, die zu überwinden waren, machen. So waren z. B. Reisen von Mitgliedern der Bewegung fast unmöglich, da jeder Sowjetbürger arbeitsverpflichtet war, und man mußte den Urlaub oder irgendwelche Kommandierungen dazu benutzen. Immerhin konnten jährliche Kongresse abgehalten werden, wobei man sich aus Geheimhaltungsgründen Tage lang in irgendeinem verborgenen Zimmer aufhalten mußte. Nach Untertauchen in die Illegalität gelang es den NKWD-Provokateuren nicht, sich in die Gruppen der Bewegung einzuschmuggeln, so daß größere Einbrüche vermieden werden konnten. „Die ganze innere Struktur unserer Gruppen verhinderte das Eindringen von Provokateuren in unsere Kreise“. Von den Zusammenkünften und Kongressen drang nichts nach außen, und das NKWD schritt nur zu Einzelverhaftungen auf Grund besonderer Fälle.

Jeder wegen religiöser Tätigkeit Verhaftete wird als politischer Verbrecher behandelt. Ein NKWD-Beamter erklärte einem christlichen Studenten: „Sie, als intelligenter Religiöser sind gefährlicher als jeder Bandit. Wir bemühen uns, die Unvereinbarkeit der Wissenschaft mit der Religion zu beweisen, und Sie machen dies allein durch Ihre Existenz zunichte. Indem Sie mit Ihrer Predigt unsere proletarische Studentenschaft zersetzen, erweisen Sie sich um so mehr als Verbrecher. Wir verbieten Ihnen nicht, an was es auch sei zu glauben, aber Sie haben dies bei sich zu behalten...“

Eine besonders wichtige Aufgabe des Zentralkomitees war die Hilfe für Verbannte und Verhaftete, deren Familienangehörige darüber hinaus unterhalten werden mußten. „Nur Gott weiß, wie viel Liebe, Opferbereitschaft und Findigkeit die Mitglieder und Freunde der Bewegung in diesem stillen Dienst an den Brüdern erwiesen“. Hier offenbart sich, dürfen wir hinzufügen, für uns Westeuropäer die geheimnisvolle Kraft, welche dem russischen Volk bis heute sein Joch ertragen hilft.

Der Verfasser des Berichtes setzt sich sodann mit den Behauptungen der Sowjet-Propaganda auseinander, daß die Existenz einer „unterirdischen Kirche“ in der UdSSR (d. h. außerhalb der staatlich anerkannten Kirchenorganisation) ein Mythos sei, und schreibt: „Untergrundkirchen, Bruderschaften und Gruppen von Gläubigen bestanden, bestehen und werden bestehen, solange nicht wahre Gewissensfreiheit in der UdSSR herrscht. Es gab und gibt noch immer geheime Priester und Bischöfe, die durch die Weiten unserer Heimat streifen und ihre auserwählten geistlichen Kinder betreuen; gottesfürchtige Familien und Gruppen Gläubiger, die jeden großen Feiertag mit Gesang und Lesung der gottesdienstlichen Bücher, auch ohne Priester, begehen; geheime Schulen, in denen den Kindern das Gebot Gottes und die Gebete beigebracht werden, oder Gruppen der studierenden Jugend, wo man das Evangelium liest, Referate gegen den dialektischen Materialismus hält oder die Heiligenviten und Werke der Kirchenväter studiert. Sogar in den weitentfernten „Arbeitslagern“ des NKWD traf ich unter den Häftlingen geheime Priester mit vorgeweihten hl. Sakramenten, bei denen wir Sträflinge das Abendmahl nehmen konnten“. Die Zahl solcher Gruppen ist wohl kaum sehr hoch zu bemessen, aber „wenn es überhaupt noch solche Gruppen,

und wenn auch nur vereinzelte Personen, in der UdSSR gibt“, sagt der Verfasser, „so bedeutet dies, daß die Volksseele, das Heilige Rußland und die wahre Orthodoxe Kirche noch lebendig sind“. Hieran schließt er die für orthodoxe Haltung charakteristische Bemerkung: „Denken wir daran, daß der Heiland Seiner Kirche niemals äußeren Triumph verhielt und oft von Seinen Anhängern als von einer erwählten Minderheit sprach: Fürchte dich nicht, du kleine Herde! denn es ist eures Vaters Wohlgefallen, euch das Reich zu geben. (Lukas 12, 31)“.

Neben den studentischen beschäftigten sich noch andere Jugendgruppen mit religiöser Arbeit. Feste Organisationsformen waren natürlich nicht mehr möglich, aber der „Chrisomol“ (d. h. „christlicher Verband der Jugend“ in Analogie zum Komsomol, dem „Kommunistischen Jugendverband“) war unter der gläubigen Jugend — und natürlich auch für das NKWD — ein fester Begriff für die christlichen Bestrebungen innerhalb der gesamten jungen Generation geworden. Die Zellen des „Chrisomol“ waren über die ganze UdSSR verstreut. Die Illegalität verbot gegenseitigen Kontakt, und meist wußten in den Hörsälen oder Fabrikhallen zusammenkommende junge Menschen des „Chrisomol“ nicht, daß sie Anhänger der gleichen Bewegung waren. Die Arbeit dieser Gruppen verlief wegen nur spärlich vorhandener Literatur und mit Rücksicht auf die schwierigen Bedingungen der Sowjetwirklichkeit äußerst primitiv, aber sie wird vorwärtsgetrieben durch den geistigen Hunger, der durch die „staatlich verabreichte ideologische Nahrung“ nicht gestillt werden kann. Dieses Unbefriedigtsein der Jugend und neue Suchen nach metaphysischen und religiösen Wahrheiten wird von vielen Kennern Sowjet-Rußlands vermerkt.

Nachdem der Verfasser im Jahre 1940 von fünfjähriger Zwangsarbeit zurückkehrte, war ihm der Kontakt mit der Bewegung nicht mehr möglich. Dies war zur allgemeinen Vorsichtsmaßnahme bei Rückkehrern aus Verbannung und Zwangsarbeit geworden, da diese unter besonderer Überwachung durch das NKWD standen. Auf Grund seiner Kenntnis der russischen Jugend glaubt der Verfasser jedoch an ein Fortbestehen der christlichen Jugendarbeit in der UdSSR. (Die von den Sowjets zugelassene Kirche hat bekanntlich nur das Recht des Kultus, nicht der religiösen Erziehung des Volkes). Zur Bestätigung dieser Ansicht führt er den Bericht eines anderen russischen Emigranten an, der seine Erlebnisse im Gefängnis von Nowosibirsk im Jahre 1940 schildert:

„Unter den zum Tode Verurteilten machten sechs Komsomolzen (Mitglieder des kommunistischen Jugendverbandes) den stärksten Eindruck auf mich, Studenten des Nowosibirsker Berg-Instituts, die für ihre religiösen Überzeugungen litten. Es waren gewöhnliche sowjetische Jünglinge, die in gottloser Erziehung, ohne jede Religion, aufgewachsen waren. Aber einstmals kam durch irgendeinen Zufall das Evangelium in die Hände eines von ihnen; aus reiner Neugierde las er es. Das Ergebnis war verblüffend; eine völlige Umwendung seines ganzen Lebens; ihm schien, daß er das seit langem Gesuchte gefunden hatte... Und sogleich kam ihm der Gedanke, seine Kameraden damit bekannt zu machen. Fünf von ihnen erlebten den gleichen inneren Umbruch unter der Einwirkung des Evangeliums, aber ein weiterer denunzierte sie. Alle sechs wurden verhaftet, und das NKWD klagte sie wegen... einer Verschwörung gegen Stalin an. Sie hielten sich beim Verhör sehr tapfer, sprachen von ihrem Glauben und bekannten nichts von dem, dessen man sie noch beschul-

digte. Trotzdem wurden sie zum Tode durch Erschießen verurteilt . . ."

In Ergänzung zu diesen Ausführungen sei bemerkt, daß sich das gleiche Bild der zur Religion zurückkehrenden sowjetrussischen Jugend auch bei zahlreichen Anlässen in der Emigration zeigt. Eine kürzlich in Berchtesgaden abgehaltene Tagung der russischen christlichen Jugendbewegung bot dafür eindrucksvolle Zeugnisse.

**Bemerkungen
über den Kampf
gegen die Kirche
im Osten**

Daniel Pézeril stellt im Augustheft der Zeitschrift „Esprit“ eine Betrachtung über die Vorgänge in Prag an, die das Verständnis des großen Kampfes zwischen den Weltanschauungen zu fördern geeignet ist. Er geht davon aus, daß das Vorgehen der ungarischen Volksdemokratie gegen Kardinal Mindszenty immerhin wirklich noch durch gewisse Umstände kompliziert gewesen sei: durch die noch mittelalterliche Auffassung von bischöflicher Macht, die der ungarische Kirchenfürst besessen habe, durch das in Ungarn noch herrschende Feudalsystem, durch die politische Stellungnahme des Kardinals. Aber im Falle Erzbischof Berans in Prag fallen alle diese komplizierenden Umstände weg. Msgr. Beran ist kein Mann, der vergangenen Zeiten angehört; man hat ihn ja selbst eine zeitlang den „roten Bischof“ genannt. Und er weiß gegenüber dem Staat genau seine Grenzen zu halten. Als er sein Amt antrat, hat er der Republik einen Loyalitätseid geleistet, und er hat sich daran gehalten. Wenn nun die tschechoslowakische Volksdemokratie trotzdem auch gegen diesen Bischof vorgeht, so ist der Fall aller verwirrenden Nebenumstände entkleidet und zeigt den Vorgang in voller Reinheit, gleichsam ein Experiment unter den günstigsten und ungestörtesten Bedingungen; ein Experiment für die Frage: welche Beziehungen sind möglich zwischen Moskau und Rom?

Der eigentliche Vorgang, der sich gegenwärtig in der Tschechoslowakei abspielt, ist zweifellos der Versuch, eine Nationalkirche zu gründen. Die kommunistische Taktik sucht in jedem Land die Hierarchie von Rom zu trennen, und wenn das nicht gelingt, einen Teil des Klerus und der Gläubigen von der Kirche abzulösen. Das Argument, mit dem die Volksdemokratien arbeiten, ist ein politisches: sie behaupten, der Papst habe sich an die Seite der Westmächte gestellt, er drohe mit Krieg, und die katholische Kirche stelle in jedem Land die Fünfte Kolonne dieser feindlichen Macht dar, die natürlich zerstört werden müsse. Rom kann dieses Argument nur als sinnlos zurückweisen; es kann seinerseits nur sagen, daß man die Kirche nicht kenne, daß allerdings, wenn man sie kenne, eine Debatte auf einer ganz anderen Ebene zustandekommen würde. Diese könnte ebenfalls furchtbar werden, aber sie würde sich doch wenigstens im Realen abspielen. Die gegenwärtige Krise dagegen sei überhaupt nicht zu fassen, weil keine Möglichkeit des Gesprächs gegeben ist.

**Die
ungarische Regierung
gegen die
protestantische
Kirche**

Ungarische Protestanten haben schweizerischen Glaubensgenossen auf geheimen Wegen Nachrichten über das tatsächliche Verhalten der ungarischen Regierung gegenüber dem Protestantismus zukommen lassen können, die der „Osservatore Romano“ (28. August) nach dem Bericht der INS wiedergibt. Was die ungarische Regierung gegenüber der protestantischen Kirche tut, steht

durchaus auf der gleichen Linie wie ihr Vorgehen gegen die katholische Kirche, obwohl nicht die gleichen Vorwürfe — berechtigter- oder unberechtigterweise — gegen sie erhoben werden können; um so klarer tritt der Charakter der Religionsverfolgung zutage. Daß Bischof Ordaß seit Jahren eingekerkert ist, ist bekannt. Er ist zu drei Jahren Haft verurteilt worden. Die übrige protestantische Hierarchie in Ungarn, deren Mitglieder Laszlo Ravasz, Bela Kapy, Imre Ravasz und Elemer Gyory sind, ist genötigt worden, sich „zurückzuziehen“.

In den letzten 6 Monaten haben 25 Zeitungen und Zeitschriften auf Befehl der Regierung ihr Erscheinen eingestellt, darunter 4 offizielle Organe, die seit 1880 ununterbrochen erschienen sind. Die gesamte Jugendpresse mußte ihr Erscheinen einstellen, weil „die Erziehung der Jugend Aufgabe des Staates ist“.

In genauer Entsprechung der Methoden, die mit der Errichtung einer falschen „Katholischen Aktion“ in der Tschechoslowakei angewandt worden sind, hat die kommunistische Regierung Ungarns anstelle der unterdrückten protestantischen religiösen Presse eine eigene Tageszeitung mit dem Titel „Die protestantische Kirche“ gegründet, deren Redaktion das absolute Vertrauen der kommunistischen Partei genießt. Alle bisherigen Abonnenten der unterdrückten Publikationen sind gezwungen worden, dieses neue Blatt zu abonnieren. Die Einfuhr irgendwelcher protestantischer Literatur vom Ausland ist verboten.

Ökumenische Nachrichten

„Eine neue Lage
in der EKD“

Der von der Herder-Korrespondenz (3. Jhg., H. 11, S. 497) berichtete Beschluß der Reformierten Kirche von Nordwestdeutschland, den Sitzungen der EKD fernzubleiben, hat in lutherischen Kreisen das vorauszusehende Echo gefunden. In der „Evangel. Luth. Kirchenzeitung“ vom 15. August 1949, dem Organ der „Vereinigten Luth. Kirche Deutschlands“ (VELKD), nimmt Präs. D. Asmussen dazu Stellung unter dem Titel „Eine neue Lage in der EKD“. Er bemerkt, man müsse damit rechnen, daß die ganze reformierte Kirche in Deutschland hinter der Erklärung steht und auch andere Kreise die Erklärung zu kirchenpolitischen Handlungen benutzen werden. Form und Ergebnis des reformierten Beschlusses deuten auf einen ernststen Konflikt hin. „Es wäre ein großer Schade, wenn dieser Konflikt nun nicht ausgetragen würde“. Asmussen weist darauf hin, daß er 1948 vor einer voreiligen Grundordnung der EKD gewarnt habe, solange die kirchliche Entwicklung nicht ausgereift sei. Insbesondere wendet sich Asmussen gegen die These der Reformierten, die übrigens weitgehend auch von der „Bekennenden Kirche“ geteilt wird. Diese These behauptet: nach der „Theologischen Erklärung“ der Barmer Bekenntnissynode von 1934, deren Entscheidungen von der Grundordnung der EKD bejaht wurden, solle die Evangelische Kirche nicht nur ein Bund von bekenntnisbestimmten Kirchen, sondern eine geistliche Einheit darstellen, zumindest aber werden. Asmussen bemerkt zutreffend, daß die „Theologische Erklärung“ von Barmen (Vgl. Herder-Korrespondenz 2. Jhg., H. 5/6, S. 266 ff) nicht nur aus den Sechs Artikeln, sondern auch aus der Präambel und dem verbindlichen Referat von Asmussen bestehe. Darin aber sei damals ausdrücklich gesagt worden, daß die Barmer